Ortsverein Sulzbach-Rosenberg
SPD

DIE ROTE FEDER

Nr. 41 | Juli 2010 | SPD Ortsverein Sulzbach-Rosenberg www.spd-sulzbach-rosenberg.de

Es ist Zeit zu handeln!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die erfreuliche Entwicklung der Kommunalhaushalte in den Jahren 2007 und 2008, die größtenteils auf eine hervorragende Gewerbesteuerentwicklung zurückzuführen war, erlaubte es vielen Städten und Gemeinden neben der Schuldenrückführung auch Neuinvestitionen wie beispielsweise in Schulen, Straßen oder Altstadtsanierung anzugehen.

Leider wurde diese erfreuliche Entwicklung durch eine Finanz- und Wirtschaftskrise unterbrochen.

Einbruch der Gewerbesteuer

Dramatische Einbrüche der Gewerbesteuer von in manchen Gemeinden bis zu 60 Prozent waren und sind die Folge und machen es den Kommunen immer schwerer, ihre Aufgaben unter Berücksichtigung eines ausgeglichenen Haushalts zu erfüllen.
Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das sich für die Kommunen eher als ein Verschuldungsbeschleunigungsgesetz herausstellt, sowie ein weiteres Absenken der Schlüsselzuweisungen für die kommunalen Haushalte tun ihr übriges.

Einnahmequelle erhalten

Wegen den dramatischen Einbrüchen bei den Gewerbesteuereinnahmen ist es deshalb in höchstem Maße unverantwortlich, über deren Abschaffung zu diskutieren, wie es die derzeitige Bundesregierung tut. Sie muss als kommunale Einnahmequelle erhalten bleiben.

Überdies hinaus brauchen wir einen Rettungsschirm des Bundes, der die Steuermindereinnahmen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ausgleicht.

Bayern muss seine Kommunen stärker am allgemeinen Steuerverbund beteiligen. Nur 11 Prozent vom Steuerverbund werden in Bayern zur Finanzierung der Kommunalaufgaben weitergegeben.

Andere Flächenländer wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen geben mit 23 Prozent Verbundquote mehr als das Doppelte der Steuereinnahmen an ihre Städte und Gemeinden weiter.

Denn nur finanziell stabile Kommunen können auch zukünftig der Garant für ein soziales Gleichgewicht in unserer Gesellschaft sein.

Herzlichst
Ihr

Michael Göth
Vorsitzender SPD-Ortsverein
und SPD-Stadtratsfraktion

INHALT

SEITE 2
Wärme braucht der Mensch – besonders in diesen kalten Zeiten!

SEITE 3
Atomkraft abschalten!

SEITE 4
B 14-Nordumfahrung stoppen – Jetzt!
Kurz angemerkt
Zusammenlegung Technische Dienste: NICHT FINANZIERBAR!

Wärme braucht der Mensch – besonders in diesen kalten Zeiten!

Fast alle wissen es mittlerweile und irgendwie fühlt es jeder:
„Der vielgepriesene Markt ist kalt und menschenfeindlich – der sogenannte Freie Markt hat keine Moral.“

Der neoliberale Irrglaube an die Allmacht des Marktes und seine Apostel in der Politik haben ein zerstörerisches Werk vollbracht:

Wir stehen vor einem weltweiten Scherbenhaufen!

Die Reichen werden immer reicher! Es wird gezockt auf „Teufel komm raus“ und für die arbeitende Bevölkerung bleibt immer weniger. Die Armen werden immer mehr und immer ärmer! Die Natur wird geschunden und zerstört!

Was hat das mit Kommunalpolitik in Sulzbach-Rosenberg zu tun?

Es ist eigentlich sehr viel Geld da, aber es wurde umverteilt in die Hände von wenigen und damit die Börsenzockerei in gigantische Höhen getrieben:
Gegen ganze Länder und Währungen kann gepokert werden. Selbst der Euro wird von den Spekulanten angegriffen. Dieses Geld fehlt nicht nur bei den Kranken, Arbeitslosen, Rentnern und im Bildungsbereich. Es fehlt auch den Kommunen für ihre Aufgaben: Straßen, Sportvereine Bäder, Kultur, Jugendeinrichtungen und Schulen.

Wer leidet am meisten darunter?

Gerade die, die am notwendigsten darauf angewiesen sind: die kleinen Leute. **So kann es doch nicht weitergehen!**

Die Konservativen und Wirtschaftsradikalen aber opfern unsere soziale Sicherheit dem sogenannten Freien Markt und verschenken die erwirtschafteten Vermögen an die Reichen. Einsparungen werden wieder bei den sozial Schwachen gemacht:
Das neue Sparprogramm trifft wieder vor allem die kleinen Leute!

Nur durch eine echte(!) sozialdemokratische Politik kann es wieder mehr soziale Wärme geben:

- **Wir brauchen** nicht noch mehr Steuergeschenke für Wohlhabende, sondern eine Vermögens-, Reichen- und eine Börsenumsatzsteuer!
- **Wir brauchen** Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt statt ungezügelte Leiharbeit!
- **Wir brauchen** Sicherheit bei den Löhnen durch gesetzliche Mindestlöhne!
- **Wir brauchen** Sicherheit bei der Gesundheitsversorgung : **nicht noch mehr Zweiklassenmedizin durch eine Kopfpauschale !**
- **Wir brauchen** Sicherheit für unsere Kinder: keine Auslese trotz Begabung durch das dreigliedrige Schulsystem!
- **Wir brauchen** eine saubere Umwelt für die nächsten Generationen: Ausstieg aus der Atomenergie und Vorrang für erneuerbare Energien!
- **Wir brauchen** endlich Taten statt Worte!

Unsere Forderungen sind längst überfällig

Die Finanzkrise hätte nicht so schlimm wüten können, wenn unsere Forderungen erfüllt worden wären:

- Verbot der maßlosen Börsenzockerei.
- Keine Wetten auf sinkende Kurse und die Zahlungsunfähigkeit ganzer Staaten und Volkswirtschaften
- Keine Leerverkäufe
- Steuern auf Börsenumsätze

Nur 0,02 % dieser Steuern würde allein bei uns 26 Milliarden Euro jährlich für soziale Aufgaben einbringen!

„Wenn deutsche Vermögen genauso hoch besteuert würden, wie das im Schnitt die anderen EU-Länder tun , hätten wir weitere 25 Milliarden Euro jährliche Mehreinnahmen!“
(Süddeutsche Zeitung 30. 05. 2010)

Somit wäre bereits nach einem Jahr das gesamte Sparpaket der Grausamkeiten von Schwarz-Gelb überflüssig und wir hätten Jahr für Jahr genügend Geld für eine gerechtere Gesellschaft.

Auch die Kommunen sind durch die gemeinschaftsfeindliche Politik der Marktradikalen kaum mehr leistungsfähig!

Sie brauchen deshalb höhere Zuweisungen beim Finanzausgleich und eine gerechtere Steuerpolitik, die den finanziell Starken nicht noch mehr schenkt, sondern sie wieder, wie im Grundgesetz gefordert, auf die Gemeinschaft verpflichtet.

Atomkraft abschalten!

Infostand der SPD zum Atomausstieg und Kopfpauschale: Innerhalb kürzester Zeit waren die Unterschriftenlisten voll!

Der 26. April ist ein symbolträchtiger Tag. Vor 24 Jahren fand in Tschernobyl ein Ereignis statt, bei dem Tausende Menschen Ihr Leben verloren, nur weil man glaubte, das Unbeherrschbare beherrschen zu können.

Die Schwarz-Gelbe Regierung hat nichts gelernt! Sie will die Laufzeiten der Atomkraftwerke entgegen den Vereinbarungen der früheren Rot-Grünen Regierung in verantwortungsloser Art und Weise um bis zu 28 Jahre – also bis 2050 – verlängern.

Ungelöste Probleme

Keine Sicherheit

Alle Betreiber geben zu, dass die Hülle eines AKWs einen Flugzeugabsturz nicht aushalten würde. Auch darf man sich fragen, ob Kraftwerke tatsächlich für eine Gesamtlaufzeit von bis zu 60 Jahren ausgelegt sind oder ob nicht mit zunehmender Betriebsdauer das Risiko eines Reaktorunfalls steigt.

Keine Versorgungssicherheit

Das für Kernbrennstäbe erforderliche Uran kommt zu 100% aus dem Ausland. Genauso findet die Wiederaufbereitung zu 100% im Ausland statt. **Das bedeutet 100%ige Abhängigkeit vom Ausland!**

Kein sicheres Endlager

Fast 50 Jahre nach Beginn der Nutzung der Kernenergie gibt es **weltweit** noch kein sicheres Endlager.
Allein an den fünf bayerischen Reaktoren entstehen jährlich 140 Tonnen an hochradioaktivem Atommüll, was bei einer Verlängerung um 28 Jahre fast 4.000 Tonnen an hochgiftigem Abfall allein aus Bayern bedeutet. Eine Verlängerung der Laufzeiten ohne das Müllproblem nachhaltig zu lösen, ist in höchstem Grade verantwortungslos.
Und ein Endlager muss Tausende von Jahren sicher sein…

Atomstrom ist unwirtschaftlich

Die immensen Entwicklungskosten, sowie große Teile der Kosten für Zwischenlagerung, Transport und Schaffung eines Endlagers werden seit Jahrzehnten vom Steuerzahler getragen. Wenn diese Kosten ehrlich berechnet würden, wäre Kernkraft eine der teuersten Energien überhaupt.

Ein Ausstieg vom Ausstieg würde den Druck von den vier Monopolkonzernen nehmen, Geld in die Entwicklung von regenerativen und sauberen Energien zu stecken oder z.B. Speichermedien für ökologische Energie zu entwickeln und wäre ein Rückschritt in die energie- und umweltpolitische Steinzeit.

Deutschland hat durch den Ausbau des Ökostroms über 300.000 neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen, die bei einer Verlängerung der Laufzeiten wieder gefährdet werden.

Genügend Strom ohne Atom

Sogar der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der die Bundesregierung fachlich berät, kam im Mai 2010 zu folgendem Ergebnis:

Aufgrund der gestiegenen Produktion von regenerativen Energien und der Modernisierung des bestehenden Kraftwerkparks in Deutschland ist eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken überflüssig.

Deutschland hat 2008 22,5 Milliarden Kilowattstunden Strom exportiert, da mehr produziert als verbraucht wurde. Und dies, obwohl mehrere AKWs wegen Problemen oder Revision stillstanden.

Alle diese Umstände zeigen: Schwarz-Gelb betreibt verantwortungslose Klientelpolitik und will oder kann keine nachhaltige Politik betreiben.

B 14-Nordumfahrung stoppen – JETZT

Ansicht nach Seidersberg heute

Ansicht nach dem Bau der B-14-Nordumgehung

Beim Bau der B-14 Nordumgehung kommt es zu gigantischen Eingriffen in die Topografie der Landschaft und zu einer unwiderruflichen Zerstörung der herrlichen Natur.

Mit bis zu 16 m hohen Dämmen müssen die Talräume in Richtung des jüdischen Friedhofs und nach Seidersberg aufgefüllt werden, auf welchen dann die Straße verläuft.

Im Bereich Feuerhof kommt es zu einer weiteren Absenkung der bestehenden Fahrbahn bis zu 9 m. Damit soll die Straße von Forsthof (AS 11) mit einer Brücke über die B-14 geführt und an die bestehende Bayreuther Straße angebunden werden. Von hier soll auch eine neue Zufahrt zum Baugebiet Gallmünz gebaut werden, was das ganze Ausmaß des Kreuzungsbaus erst erahnen lässt.

Die zu erwartende Entlastung für den innerstädtischen Verkehr fällt jedoch relativ dürftig aus. **4.300 Fahrzeuge auf der Nordumgehung stehen verbleibenden 15.000 Fahrzeugen pro Tag an der Storg-Kreuzung gegenüber** – eine viel zu geringe Entlastung!

Der Großteil des innerstädtischen Verkehrs entlang der B 14 ist nämlich reiner Ziel-Quell-Verkehr, also Verkehr aus und in die Stadt und kein Durchgangsverkehr und damit auch nicht verlagerbar auf eine Umfahrung. Dies bestätigt auch die Verkehrszählung von Prof. Kurzak im Jahre 2000: Nur 2.700 KFZ sind reiner Durchgangsverkehr im Zuge der B 14.

Aktuelle Zahlen des Straßenbauamts belegen sogar einen Rückgang des Verkehrsaufkommens im Vergleich zu 1999. Auch der LKW-Verkehr ist um 35% gesunken, was unter anderem auf die Fertigstellung der Autobahn A6 im Jahre 2008 zurückzuführen sein dürfte!

Die SPD-Stadtratsfraktion hat deshalb beantragt, von der Planung der B 14-Nordumgehung Abstand zu nehmen und das Projekt einzustellen!

Stattdessen sollen verkehrsverbessernde Maßnahmen entlang der B-14 realisiert werden:

- Verkehrsgerechter Umbau der Storg-Kreuzung
- Querungshilfe im Bereich Liliencenter/Obere Gartenstraße
- Linksabbiegespur und Querungshilfe zum Gewerbegebiet West (Kauerhof)

Der Antrag der SPD wurde in der Stadtratssitzung am 22.06.2010 mit 16:9 Stimmen angenommen, jetzt liegt es am Staatlichen Bauamt, dem Willen des Stadtrates Folge zu leisten.

Zusammenlegung Technische Dienste: NICHT FINANZIERBAR!

Abstand nehmen mussten CSU, FWU und FDP von ihren „Visionen", die Technischen Dienste unter einem neuen Dach zu vereinen, um damit angeblich Kosten zu sparen.

Berechnungen des Stadtbauamtes ergaben Kosten von **10 Millionen Euro** für einen Neubau, die von der Stadt aufzubringen wären. Allein an Zinsen würde dies fast **230.000 Euro jährlich** zusätzlich für den Stadthaushalt bedeuten.

Angesichts der anstehenden, weit wichtigeren Aufgaben wie z.B. die Sanierung der Pestalozzischule und des Waldbades ist das eine unrealistische, weil unfinanzierbare Forderung.

Vor allem auch, weil CSU/FWU und FDP nicht sagen können, wo und vor allem wie viel sie durch die Zusammenlegung eigentlich einsparen wollen.

Die SPD hat deshalb beantragt, die Modernisierungskosten für die bestehenden Standorte zu ermitteln, damit mit einem überschaubaren und auch finanzierbaren Kostenrahmen zeitgemäße Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter von Bauhof, Gärtnerei und Stadtwerke entstehen.

Kurz angemerkt:

- **Bundestag: Gesetzlicher Mindestlohn bei Pflegeberufen kommt!**
  Den jahrelangen Forderungen der SPD, gerade im Pflegebereich einen Mindestlohn einzuführen, hat die CDU/CSU/FDP-Koalition nachgegeben – offenbar hat auch diese endlich die Notwendigkeit erkannt.
- **Landtag:** Anfrage des SPD Abgeordneten Reinhold Strobl zum Ausbau der Schieneninfrastruktur (Elektrifizierung) zwischen Amberg-Sulzbach und Nürnberg bzw. Regensburg.
  Ergebnis: laut CSU / FDP-Staatsregierung kein Bedarf!

IMPRESSUM

Redaktion: *Michael Göth, Dr. Thomas Steiner, Philipp Rösel, Dr. Peter Lehner, Dr. Armin Rüger, Hans-Jürgen Haas.*
Gestaltung: *Grafikdesign Erwin Rösel* · ***Bild:*** *Waldbad Hajo Dietz*
Druck: *Sulzbacher Satz-Studio Jürgen Gradl*
Zuschriften: *Michael Göth, Maximilian-Kolbe-Str. 15, 92237 Sulzbach-Rosenberg*